
Herausgegeben von
Andreas Niederberger
und Philipp Schink

Globalisierung

Ein interdisziplinäres
Handbuch

Verlag J. B. Metzler
Stuttgart · Weimar

Die Herausgeber

Andreas Niederberger (geb. 1972), Prof. Dr.,
ist Dozent an der Goethe-Universität Frankfurt.
Philipp Schink (geb. 1975), M.A., ist Dozent
an der Goethe-Universität Frankfurt.

Bibliografische Information der Deutschen National-
bibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Gedruckt auf säure- und chlorfreiem, alterungs-
beständigem Papier

ISBN 978-3-476-02272-1

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist
urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb
der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne
Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen,
Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die
Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen
Systemen.

© 2011 J.B. Metzler'sche Verlagsbuchhandlung
und Carl Ernst Poeschel Verlag GmbH in Stuttgart
www.metzlerverlag.de
info@metzlerverlag.de

Einbandgestaltung: Willy Löffelhardt/Melanie Frasc
Satz: Typomedia GmbH, Ostfildern
Druck und Bindung: Kösel, Krugzell
www.koeselbuch.de
Printed in Germany
April 2011

Verlag J.B. Metzler Stuttgart · Weimar

2. Alte und neue Kriege

Spätestens durch die Anschläge am 11. September 2001 sowie durch die Kriege in Irak und Afghanistan bietet sich für Publikationen zum Thema Krieg ein einzigartiger Resonanzboden. Das ist der eine Hintergrund der Diskussion um »neue Kriege«. Ein anderer Hintergrund ist, dass mit der veränderten sicherheitspolitischen Diskussion ein breiteres Informations- und Orientierungsbedürfnis aufgetreten ist, das sich nicht auf sicherheitspolitische Kreise beschränkt, sondern weite Teile der Öffentlichkeit erfasst hat. Das trifft besonders, aber nicht nur, auf Deutschland zu.

Doch nicht weniger als jene Diskussionen über die wieder entdeckte Wirklichkeit und Gegenwart des Krieges, die bereits in den 1990er Jahren einsetzten, leidet die aktuelle Debatte an Vereinfachungen und Zuspitzungen. Zwar gibt es eine schon lange zurückreichende Globalisierung des Krieges in dem Sinne, dass die internationalen Zusammenhänge von lokalen Gewaltkonflikten immer mehr ausgreifen. Von einer Epochenwende zwischen »alten« und »neuen« Kriegen kann aber keine Rede sein. Im Folgenden stehen daher einige der Thesen dieser neueren Beiträge im Mittelpunkt, die aus Sicht der Kriegsursachenforschung und der soziologischen Analyse von Akteuren in zeitgenössischen Kriegen anschließend kritisiert werden sollen. Der dabei vertretene Standpunkt lässt sich wie folgt umreißen:

In der Interpretation des globalen Kriegsgeschehens werden alte binäre Codierungen durch neue ersetzt. Kämpften in den 1950er und 1960er Jahren »Befreiungsbewegungen« gegen den »Kolonialismus«, so waren es den gängigen Interpretationen zufolge in den 1980er und 1990er Jahre »sozialistische« Regierungen oder Rebellen gegen »demokratische« Regierungen oder Rebellen. Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts hat der Code gewechselt, aber binär ist er geblieben: Entweder subsumieren heutige Autoren alle Kriege einem neuen Paradigma, demzufolge Kriegsparteien sich nach »Habgier« oder »Sorge« als handlungsleitendem Motiv unterscheiden ließen, oder sie behaupten einen Unterschied zwischen »alten« und »neuen« Kriegen.

Mit »alten« Kriegen wird dabei supponiert, dass das bisherige Kriegsgeschehen auf der Welt der Logik des Krieges zwischen Staaten gehorcht hätte, wie es Carl von Clausewitz und andere formuliert hatten.

Dieser Logik zufolge stünden sich im Krieg klar unterscheidbare, staatlich organisierte Akteure gegenüber, die nach politischen Vorgaben von Regierungen handelten. Die Diskussion um »neue Kriege« entzündete sich vor allem an der Frage, ob durch die bisherigen Annahmen über Gestalt und Funktion von Kriegen nicht eine unhistorische Verkürzung der Geschichte und Wirklichkeit des Krieges vorgenommen wurde. Martin van Creveld (1999) und Mary Kaldor (1998) stellten heraus, dass dieses tradierte Bild des Krieges für die Gegenwart unzutreffend sei, und sprachen deshalb von »neuen Kriegen«. Dem schloss sich Herfried Münkler (2002) an. Kritiker dieser These haben vor allem darauf hingewiesen, dass, wie in der Forschung seit Langem bekannt, mindestens seit dem Zweiten Weltkrieg das globale Kriegsgeschehen durch innerstaatliche Kriege mit ganz anderen politischen Rahmenbedingungen dominiert wurden, die Rede von »neuen« Kriegen also unsinnig sei.

Im Folgenden werden zunächst die diskursiven Veränderungen beschrieben, die der Debatte um »neue Kriege« zugrunde liegen. Daran anschließend werden drei zentrale Thesen dieser Debatte mit drei Gegenthesen konfrontiert. Im letzten Teil wird es dann um die Frage gehen, was man aus der Debatte lernen kann, und was sie für die weitere Theorieentwicklung bedeutet. Dies wird auch mit einem Plädoyer für das Beibehalten alter Thesen verbunden.

Zwei diskursive Strömungen

Zwei Strömungen haben sich in den Diskussionen um die Interpretation des weltweiten Kriegsgeschehens seit Mitte der 1990er Jahre herausgebildet, die die Redeweise von »neuen Kriegen« befördert haben und plausibel erscheinen ließen. Die *erste* dieser Strömungen, der »pessimistische Kulturalismus«, wird vor allem von publizistischen Autoren vertreten. Robert Kaplan (1994, 1996) und Hans Magnus Enzensberger (1995) sind typische Vertreter dieser Richtung. In den Wissenschaften findet diese Position jedoch wenig Unterstützung. In ihren Werken wird die Bedrohung des Weltfriedens, aber auch des Friedens im Innenraum bisher friedlicher Gesellschaften, durch eine wachsende Anomie behauptet. Das Bevölkerungswachstum, die Knappheit von ökonomischen Ressourcen und der Zerfall von sozialen und politischen Institutionen verbinden sich in

der Wahrnehmung dieser Apokalyptiker zu einer wachsenden Kriminalisierung und Gesetzlosigkeit in den unterschiedlichsten Gegenden der Welt. Vor allem eine zunehmend gewaltbereite Jugend macht dieser Interpretation zufolge die Welt unsicher. In den Kriegen der Gegenwart beobachten die Autoren zudem eine zunehmende Barbarisierung der Gewaltpraktiken. Die pessimistische Einschätzung über die Zukunft vieler Übergangsgesellschaften verbindet sich mit kulturalistischen Ideen, wie sie Samuel Huntington (1996) in der Debatte um Konflikte der Gegenwart entwickelt hat. Diesen Ideen zufolge seien manche Regionen durch spezifische kulturelle Züge besonders gewaltgeneigt.

Die *zweite* Strömung vertritt einen utilitaristischen Ökonomismus (Collier/Hoeffler 2002; Berdal/Malone 1999). Sie konzentriert sich vorwiegend auf die politische Ökonomie von Kriegen. Demnach seien es vor allem sogenannte Rentenstaaten, d.h. Staaten mit leicht abbaubaren Rohstoffen, in denen innerstaatliche Kriege entstünden. Erklärt wird Krieg aus dem Bereicherungsmotiv der Kriegführenden: »Rebellion is large-scale predation of productive economic activity.« (Collier 1999, 170) Die Erklärung für innerstaatliche Kriege besteht hier wesentlich in der These, dass solche Staaten spezifische Handlungsanreize für Gewaltakteure böten, da die Übernahme der Staatsmacht durch Gewalt direkten Zugang zu materiellen Ressourcen eröffne.

Der pessimistische Kulturalismus und der neue Ökonomismus verbinden sich in der These vom neuen Charakter der Kriege der Gegenwart. Übernommen werden darin die Thesen vom unpolitischen Charakter der handlungsleitenden Motive der Kriegsakteure und von der zunehmenden Barbarisierung der Gewaltpraktiken. Hinzu kommt vor allem die Beobachtung des zunehmend nicht-staatlichen Charakters der »neuen« Kriege. Im Folgenden werden diese Thesen näher betrachtet und mit Gegenthesen konfrontiert.

Entstaatlichte Kriege? Einer ersten These zufolge besteht das »Neue« der Kriege in ihrem entstaatlichten Charakter. Nicht mehr der Krieg zwischen Staaten, sondern die Proliferation von nicht-staatlichen Akteuren prägten das Gesicht der kriegerischen Gewalt in der Gegenwart. Gemäß dieser These lässt sich am gegenwärtigen Kriegsgeschehen die Auflösung dessen erkennen, was Martin van Creveld (1999) in Anlehnung an Clausewitz den »trinitarischen Krieg«

nennt. Dieser Vorstellung zufolge sind die Regierungen die Souveräne des Krieges, die über ihre Armeen verfügen, welche von dem am Krieg unbeteiligten Volk zu unterscheiden sind. Regierung, Armee, Volk – diese Dreiteilung sei in den laufenden Kriegen immer weniger zu beobachten, stattdessen sei eine »Entstaatlichung des Krieges« (Münkler 2002, 33) erkennbar. All jene Grenzziehungen, die den klassischen Krieg kennzeichneten, wie die zwischen Kombattanten und Zivilisten, zwischen eigenem und fremden Territorium, zwischen Ökonomie und Politik, und eben auch zwischen Regierung, Armee und Volk oder Bevölkerung, schwänden dahin und seien für die Realität des Krieges immer weniger maßgeblich.

Die Kritik an dieser These stellte vor allem darauf ab, dass die Nicht-Staatlichkeit von Kriegsakteuren kein neues Phänomen sei. Seit dem Zweiten Weltkrieg werde das globale Kriegsgeschehen von innerstaatlichen Kriegen dominiert, bei denen die Zuschreibung des Attributs »staatlicher Akteur« schon in vielen Fällen für keine der Kriegsparteien möglich gewesen sei. Der These von der Entstaatlichung des Krieges sei demnach entgegen zu halten, dass sich zumindest nach dem Zweiten Weltkrieg in den meisten Kriegen keineswegs überwiegend organisierte staatliche Akteure gegenüber gestanden hätten. Vielmehr seien in der größten Zahl der Kriege nach 1945 mindestens auf einer Seite nicht-staatliche Akteure beteiligt gewesen. Das gelte für das Gros des Kriegsgeschehens innerhalb dieses Zeitraums, das zu zwei Dritteln von innerstaatlichen Kriegen in den Regionen der sogenannten Dritten Welt ausgemacht werde.

Nicht nur an der Verbreitung irregulärer Akteure im Zweiten Weltkrieg, an den Konstellationen der Dekolonisationskriege der 1950er und 1960er Jahre und an der Häufigkeit des Auftretens von Paramilitärs und halb-staatlichen Milizen in den Kriegen der letzten fünfzig Jahre lasse sich schnell und eindeutig nachweisen, dass wohl die Mehrzahl der Akteure in den Kriegen nach 1945 keine staatlichen Akteure gewesen seien.

Plausibler erscheine demnach die These *unvollendeter Staatlichkeit*. Nicht der Zerfall staatlicher Strukturen, sondern vor allem die unvollständige Verstaatlichung der Gesellschaften in Afrika, Asien und Lateinamerika bilde den Handlungsrahmen der politischen Gewalt in diesen Kontexten. Aus einer solchen Perspektive relativiert sich der Befund der ver-

meintlich neuen ›Entstaatlichung‹ des Krieges rasch (Jung 2003). Der historische Längsschnitt zeigt für viele Regionen, für den Balkan und den Kaukasus ebenso wie für den Mittleren Osten und Zentralafrika, lange Kontinuitäten der Konfrontation von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren. Der Krieg der Irregulären gegen staatliche Akteure in Uniform ist so alt wie die Versuche, zentralstaatliche Herrschaft zu errichten.

Ein weiteres Argument gegen die These von der Entstaatlichung des Krieges bezieht sich auf deren impliziten Referenzpunkt, nämlich auf die Annahme, dass in der europäischen Geschichte der vergangenen zwei Jahrhunderte Kriege allein ›gehegte‹ Gewalthandlungen zwischen staatlichen Gewaltakteuren gewesen seien. Das Bild vom ›gehegten Krieg‹ des 18. und 19. Jahrhunderts ist vielleicht eher das Resultat einer idealisierenden Militärgeschichtsschreibung. Die Hinweise, die sich aus der historischen Literatur über die Realität der kriegerischen Gewalt außerhalb Europas ergeben, erwecken jedenfalls Zweifel an der These der Verstaatlichung des Krieges. Jede Kolonialgeschichte ist voll von Geschichten der Gewalt, die in ihren Erscheinungsformen den heute beobachtbaren in vieler Hinsicht sehr ähneln. Der gesamte Prozess der europäischen Expansion sei auch im Zeitalter des vermeintlich gehegten Krieges ein vornehmlich ungeregelt gewaltvoller. Im historischen Längsschnitt ist die staatliche Hegung des Krieges die Ausnahme, und sie scheint auch für die Kriegsgeschichte nach 1945 keineswegs typisch gewesen zu sein (Kalyvas 2004).

So scheint eher als ein jüngerer historischer Wandel eine veränderte *Wahrnehmung* die Ursache für die These von der Entstaatlichung des Krieges zu sein. Vielen Beobachtern ist erst nach dem Ende des Ost-West-Konflikts deutlich geworden, dass die Welt gar nicht in dem Maße verstaatlicht ist, wie die gängigen Weltkarten und Redeweisen dies nahe legen würden (Schlichte 2006). Diese veränderte Wahrnehmung ist vielleicht durch die wachsende Aufmerksamkeit für das Geschehen jenseits der Blockkonfrontation ausgelöst worden, da die alte Rubrizierung, in den Konflikten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas nichts anderes zu sehen als ›Stellvertreterkriege‹, nicht mehr zu halten gewesen ist.

Habgier als Motiv: Eine zweite These bezüglich der ›neuen Kriege‹ besagt, dass nicht mehr politische Lehren oder Programme der gesellschaftlichen Um-

gestaltung die Motive der Kriegaakteure bestimmten, sondern dass diese vor allem vom Motiv der Bereicherung und materiellen Besserstellung geleitet seien. Ökonomisch, so der Kern dieser These, beruhen ›neue Kriege‹ nicht mehr auf der Umstellung der Produktion auf Kriegswirtschaft, wie in großen Staatenkriegen, sondern auf Plünderung bzw. auf der Monopolisierung von Reichtumsquellen, wie etwa Exporteinkünften. Im Dienste der Weltbank haben sich daher in jüngerer Zeit auch Ökonomen des innerstaatlichen Krieges angenommen und versucht, ihre Entstehung und innere Dynamik zu modellieren (Collier 1999). Deren Interpretation ruht dabei auf einem utilitaristischen Individualismus auf – nicht die Sorge um das Wohl der Gesellschaft, sondern das individuelle Bereicherungsinteresse, die Habgier, sei das handlungsleitende Motiv der Akteure. Daraus folgern die Ökonomen der Weltbank, dass Gewalt Risiken dort hoch seien, wo der Export von Primärgütern eine große Rolle spielen würde. Je stärker ein Land vom Export weniger Rohstoffe abhängt und je ärmer die Bevölkerung sei, so die These, desto größer sei die Gefahr eines innerstaatlichen Gewaltkonflikts. Den Herausforderern der staatlichen Macht ginge es nur um die Aneignung von Rohstoffrenten.

Mit dieser These deckt sich eine mittlerweile sehr verbreitete Einschätzung der ›neuen Kriege‹. Auch andere Autoren, in Deutschland etwa Herfried Münkler (2002, 159) und der Ethnologe Georg Elwert (1997), haben in unterschiedlicher Weise die ökonomische Interessiertheit als handlungstreibendes Motiv in zeitgenössischen Kriegen betont. Die international anwachsende Literatur zu dem, was zusammenfassend ›Kriegsökonomien‹ genannt wird, scheint diese Einschätzung zu bestätigen (Ehrke 2002; Le Billon 2000).

Die empirische Analyse von zeitgenössischen Kriegen zeigt jedoch, dass die Antriebe der Kriegführenden so vielfältig sind wie eh und je. Die Motivationen der Akteure in zeitgenössischen Kriegen lassen sich nicht auf ökonomische Interessen reduzieren, ebenso wenig wie das Motiv der materiellen Besserstellung in früheren Kriegen bedeutungslos war. Die Motive der Kriegaakteure sind auch heute noch politisch, aber ihre Politizität fügt sich nicht immer westlichen Schemata. Die Tatsache, dass sich staatliche wie nicht-staatliche Kriegaakteure auch materiell reproduzieren müssen, ist eigentlich ein Gemeinplatz. Die ›Bedarfsdeckung des politischen

Verbandes«, wie es bei Max Weber (1985, 152) heißt, ist für alle organisierten Kriegaakteure zu allen Zeiten eine Notwendigkeit gewesen. So verdienstvoll es ist, mit der Betonung der ökonomischen Dimension jedes Krieges die Vereinseitigungen des kulturellen Essentialismus zu überwinden, der etwa in der Interpretation der Kriege im ehemaligen Jugoslawien eine große Rolle gespielt hat, so wenig sollte die Entdeckung dieser Dimension zu neuen Vereinseitigungen führen.

In der Realität sind die Motive der Beteiligten und die Prozesse der Mobilisierung komplex. Die Motive der Kriegaakteure sind Gemengelagen, die Roland Marchal (2000, 174) treffend als »blinden Sprung in eine geträumte Moderne« charakterisiert hat, was meint, dass sich die Kriegaakteure mehr von ihrer Beteiligung am Krieg erhoffen als Geld. Auch hier gilt: Die lokale Geschichte entscheidet über die Motive und Motivationen. Die Tatsache, dass sich viele Konfliktlinien der zeitgenössischen Kriege nicht in den Registern westlicher Politik ausdrücken, erlaubt nicht den Schluss, sie seien deshalb ›unpolitisch‹. Die genaue, heute eher von Ethnologen als von Politologen geleistete Lektüre der Symbolik der Gewalt und der Äußerungen der Gewalttäter macht dies offensichtlich.

Barbarisierung der Gewalt: In den Kriegen der Gegenwart lasse sich, so eine dritte These der Proponenten der ›neuen Kriege‹, eine Entgrenzung der Gewalt beobachten. Nicht mehr die Unterstützung durch die Zivilbevölkerung sei das Ziel der Gewaltstrategien, sondern der rücksichtslose Einsatz massiver Gewalt gegenüber Zivilisten sei das Kennzeichen der neuen Kriege. Zur Unterstützung dieser These werden vor allem Beispiele aus den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien und in Westafrika angeführt, die als Belege für eine Entgrenzung der Gewalt dienen sollen. In den dort beobachteten »bestialischen« Praktiken (Heupel/Zangl 2003, 11) seien zwar wenigstens teilweise rationale Strategien erkennbar, die Gewalt sei aber einigen Autoren zufolge tendenziell anomisch. Die Gewalthandlungen richteten sich in den neuen Kriegen nicht mehr gegen den militärischen Gegner, sondern gegen die Zivilbevölkerung, und nur eine »einfache, apolitische Gewalt« sei zu beobachten (Soysa/Gleditsch 1999, 29). Anderen Gewalttaten wird eine Rationalität im Sinne zweckrationalen Handelns ganz abgesprochen. Die Massaker in Algerien und Bosnien, Verstümme-

lungen an Zivilisten in Westafrika seien demnach irrationale Gewaltakte, die auf soziale Anomie und die Abwesenheit jeder Regulierung der Gewalt verweisen würden (Enzensberger 1995, 16).

Auch diese These ist auf starke Kritik gestoßen: Die gleichzeitige Anwesenheit von sehr unterschiedlichen Gewaltpraktiken kennzeichne das Kriegsgeschehen spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg. Der empirische Nachweis für einen grundsätzlichen Wandel der Gewaltpraktiken sei nicht nur aus methodischen Gründen schwierig; es würden auch die Voraussetzungen dafür fehlen, den moralischen Charakter von Gewaltpraktiken wissenschaftlich zu bewerten. Eine empirisch gesättigte Bearbeitung dieses Themas stehe zwar noch aus. Die Sammlungen von empirischen Evidenzen, die der These der Entgrenzung der Gewalt entgegenstehen (Kalyvas 2001, 2004), seien jedoch mindestens so überzeugend wie die empirischen Verweise, die die Befürworter dieser These anführten (Heupel/Zangl 2003). Einen hinreichenden empirischen Grund, solch eine starke These zu vertreten, gäbe es deshalb bislang nicht. Das hochsensible Thema der Gewaltpraktiken sei wegen seines moralischen Rangs und der notorischen politischen Instrumentalisierung zur Delegitimierung des Gegners mit äußerster Vorsicht anzugehen. Vielleicht stoße die sozialwissenschaftliche Forschung bei der Behandlung der Semantik von Gewaltpraktiken auch an die Grenzen ihrer Möglichkeiten.

Auffällig ist, dass die Barbarisierungsthese vor allem von Autoren infrage gestellt wird, die sich seit Langem mit spezifischen Kontexten beschäftigen. David Keen (2005), Paul Richards (1996) und John Allcock (2000) etwa heben in ihren Arbeiten hervor, dass die Gewaltpraktiken im ehemaligen Jugoslawien und in Westafrika lange historische Linien haben. Sie seien, wie alle anderen Gewaltpraktiken, auch Kommunikation über die Opfer. Doch diese Codes zu entschlüsseln, setze eine große Kenntnis kultureller Kontexte und umfangreiches Quellenmaterial voraus.

Der Blick auf das, was im Krieg geschieht, offenbart jedenfalls keinen gravierenden Unterschied zwischen vergangenen Zeiten und der Gegenwart. Es lässt sich nicht erkennen, dass sich zeitgenössische Kriege im Hinblick auf die in ihnen eingesetzten Gewaltpraktiken grundsätzlich von früheren unterschieden. Schon ein cursorischer Vergleich von klassischen Dekolonisationskriegen, etwa in Algerien oder Indochina in den 1950er und 1960er Jahren,

oder Berichten über den Krieg der jugoslawischen Partisanen gegen die Wehrmacht (Djilas 1977; Hnilicka 1970) mit gegenwärtigen Kriegen macht dies deutlich.

Empirisch lasse sich für alle Kriege nach 1945 zeigen, dass die Phänomene, die von heutigen Autoren als ›barbarisch‹ von ›normalen‹ Gewaltpraktiken unterschieden werden, gleichzeitig vorkommen. Gewiss besteht ein Unterschied zwischen dem Krieg straff hierarchisch geführter Armeen und den Zusammenstößen von kleinen, nur lose strukturierten Rebellenbewegungen. Doch alle vorliegenden dichten Beschreibungen von kriegerischen Konflikten nach 1945 verdeutlichen nur allzu gut, dass in der Realität die Kriegführung von der Ungleichzeitigkeit von Gewaltformen geprägt ist, zu der der stabsmäßig organisierte und kontrollierte Gewalteinsetz genauso gehört wie Phänomene der Entgrenzung der Gewalt. Im parallelen Auftreten von Bombardements aus der Luft und Raubzügen in Dörfern wird die Gleichzeitigkeit von hochmoderner und traditionaler Kriegführung offensichtlich.

Globalisierung und Krieg

Die Diskussion über neue Kriege verbindet sich vor allem – aber nicht nur – in Deutschland mit einer Diskussion über eine ›Krise der Staatlichkeit‹. In der öffentlichen Debatte um die ›Globalisierung‹ spiegelt sich zum einen die Wahrnehmung einer Veränderung des institutionellen Arrangements wider, das die westlichen Gesellschaften so lange stabil erscheinen ließ (vgl. Genschel 2003). Das Gefühl schwindender Staatlichkeit hat auch die Wohlfahrtsstaaten des Westens erfasst (vgl. Kaufmann 2004). Zum anderen hat sich für die vielgestaltigen Prozesse der Veränderung politischer Herrschaft außerhalb der OECD der Begriff des ›Staatszerfalls‹ eingebürgert. Diesem zufolge würden sich in diesen unkontrollierten Zonen kriminelle und terroristische Netzwerke einnisten, die den Frieden und den Wohlstand in diesen Teilen der Welt, aber auch im Westen bedrohen. Das Ineinanderschieben von gewaltsamen Konflikten um politische Herrschaft, von ›organisierter Kriminalität‹ und von ›globalem‹ Terrorismus droht sich zu einer neuen Problematik zu verdichten, die für die unterschiedlichsten institutionellen Rhetoriken und Diskurse als Legitimierung dient. Sicherheitsexperten, ob universitäre oder solche aus den Regierungsinstitutionen, haben nicht nur Konjunk-

tur, sondern die Rede von Bedrohungen ist selbst schon eigendynamisch geworden. Der Diskurs der Sicherheitsexperten wird zu seinem eigenen Daseinsgrund (Bigo 2002).

Es gibt drei Gründe, gegenüber diesem Diskurs, der sich aus und um die These der ›neuen Kriege‹ entwickelt hat, skeptisch zu sein: Der *erste* betrifft die Frage der gesteigerten Aufmerksamkeit. Den Debatten über ›neue Kriege‹, über Kriegsökonomien und nach dem 11. September 2001 auch über den Terrorismus muss man zugutehalten, dass sie ein Thema wieder entdeckt haben, das in der Politikwissenschaft lange ein Randdasein führte, nämlich den innerstaatlichen Krieg. Doch wo immer neue Aufmerksamkeiten entstehen, ist zu prüfen, ob das behauptete Wachstum tatsächlich vorhanden ist, oder ob es sich nicht allein um ein Produkt eben dieser erhöhten Aufmerksamkeit handelt. Auch für Themen wie Terrorismus oder organisierte Kriminalität gilt, was ein französischer Kollege über seine Arbeit zur Korruption ausgeführt hat: »Le plus on cherche, le plus on trouve.«

Der *zweite* Grund der Skepsis gegenüber diesem Diskurs betrifft die Quellenlage. Bei der Auseinandersetzung mit dem Thema Terrorismus und beim Thema der organisierten Kriminalität ist ähnlich auffällig, wie wenig Quellenkritik in der wissenschaftlichen Arbeit stattfindet. Zeitungsnotizen, journalistische Arbeiten und Äußerungen von staatlichen Sicherheitsexperten werden häufig unhinterfragt als Beleg für empirische Phänomene aufgefasst, gegen die sich die kontextspezifische Forschung nur noch schwer Gehör verschaffen kann.

Der *dritte* Grund der Skepsis schließlich betrifft die These der Barbarisierung. Sie ist nämlich in Wahrheit sehr alt. Jeder Regionalwissenschaftler wird in ihr die langen Kontinuitäten schnell erkennen. Sie reichen vom Bild des Barbaren, das sich das expandierende Europa von der Bevölkerung seiner kolonialen Zielgebiete gemacht hat, bis hin zu den Vorstellungen, die sich noch heute auch die allgemeine Publizistik von ›Stammeskriegern‹ und allzeit gewaltbereiten Horden macht. Edward Said (1990) und Maria Todorova (1997) haben in viel beachteten Werken darauf aufmerksam gemacht, wie tief sich diese Vorstellungen über den Orient und über den Balkan ins westliche Allgemeinbewusstsein eingesenkt haben. Im Diskurs, der sich gegenwärtig in westlichen Gesellschaften über ›den Islam‹ entwickelt, kann man analoge Dichotomisierungen beob-

achten (Mamdani 2004). Das entsprechende Werk über Afrika ist noch nicht geschrieben, hätte aber wohl noch weniger Materialprobleme.

Die Entrechtlichung und Kriminalisierung des nicht-westlichen Anderen jedenfalls ist eine Konstante, die auch im Völkerrecht erst nach Jahrhunderten überwunden werden konnte (Fisch 1984). Nachkommenden Wissenschaftlern bleibt die interessante Aufgabe, zu untersuchen, inwiefern die Diskussion über ›neue Kriege‹ nicht bloß die Wiederkehr sehr alter Figuren über Politik jenseits des zivilisierten Westens gewesen sein wird. In kritischen ideengeschichtlichen Arbeiten wie von Tzvetan Todorov (1989) zum Diskurs des Westens über ›die Anderen‹ ist deutlich geworden, dass dieser Diskurs auch der Konstituierung des Selbst dient. Vielleicht liegt der Diskussion um ›neue Kriege‹ und besonders der Barbarisierungsthese ein ähnliches Bedürfnis der Selbstvergewisserung zugrunde.

Doch ganz unabhängig von der Frage, ob der Diskurs über die ›neuen Kriege‹ auf tiefer liegende Bedürfnisse verweist, ist offensichtlich, dass er politische Bedeutung erlangt hat. Das Legitimierungsbedürfnis der staatlichen Apparate, die Verunsicherung oder auch nur Nachdenklichkeit der Bevölkerung und die Prämie, die sich Wissenschaftlern bietet, die zum Thema etwas anzubieten haben, treffen sich in diesem Diskurs über die neuen Bedrohungen.

Inwiefern die Debatte über die ›neuen Kriege‹ in erster Linie als Teil einer solchen neuen legitimen Problematik aufzufassen ist, bedarf freilich einer Diskussion, in der blinde Flecken mit bedacht werden sollten. Dazu gehört die Frage nach den Veränderungen in der globalen Sicherheitsordnung, die Frage nach den Eigeninteressen und Legitimierungsstrategien der Sicherheitsapparate und -experten, die Frage nach den Wirkungen westlicher Politik in der Vergangenheit und Gegenwart und schließlich auch die Frage nach der Aufgabe der Sozialwissenschaften in diesem Prozess. Mit diesen Relativierungen der These von den ›neuen Kriegen‹ ist aber die Frage nach dem Formwandel des Krieges noch nicht beantwortet. Es könnte ja sein, dass die Debatte um die ›neuen Kriege‹ auf etwas verweist, das sie nur nicht richtig benennt. Mit einem Blick auf die Resultate der Forschung zu dieser Frage soll der Beitrag abschließen.

Die Forschung zu kriegerischen Konflikten ist älter als viele laufende Diskussionen vermuten lassen. Das gilt mindestens für den Bereich der Kriegsursa-

chenforschung, die in den vergangenen zwanzig Jahren eine ganze Reihe wichtiger empirischer Befunde und kontroverser theoretischer Ansätze hervorgebracht hat (Schlichte 2002). Im Vergleich zu der vermeintlichen Neuartigkeit des Kriegsgeschehens wirken die Thesen aus diesem Forschungsgebiet wenig modisch. Von ihrer erklärenden Kraft haben diese Thesen indes wenig eingebüßt. Eine theoretische Einsicht daraus ist die, dass eine Theorie des Krieges ohne eine Theorie der Gesellschaft nicht zu haben ist. Gerade weil jeder Krieg historisch eingeordnet und kontextualisiert werden muss, kann eine Theorie nur auf der Grundlage einer historisch informierten Theorie der Gesellschaft stehen.

Aus dieser Perspektive wird deutlich, dass sich mit dem Prozess der europäischen Expansion das Kriegsgeschehen zunehmend globalisiert. Die ursächlichen Zusammenhänge keines einzigen Krieges nach 1945 lassen sich auf rein ›nationale‹ Bedingungen reduzieren, denn schon seit der Ära der Dekolonisation stehen diese Kriege in einem engen Verweisungszusammenhang. Aus strukturgebietlicher Perspektive ist die globale Durchsetzung bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftungsformen der große konfliktspezifische Prozess, der sich in unterschiedlicher Form kriegerisch äußert, so sehr auch regionale, historische oder institutionelle Besonderheiten in jedem einzelnen dieser Kriege über Verläufe und Linien entscheiden. Diese allgemeine Einsicht wurde in der empirischen Forschung über die Kriege nach 1945 weiter ausdifferenziert und bezieht sich etwa auf die Logik von Konflikten in neopatrimonialen Staaten, auf die Kriege im Entwicklungsstaat oder auf den sozialrevolutionären Krieg (Schlichte 2006).

Bisher hat sich die Erforschung dieser globalen Zusammenhänge vor allem um die politische Ökonomie von Kriegen gekümmert. Das Wissen über die internationale Einbettung von kriegerischen Konflikten, deren globale Vermittlung lange nicht Gegenstand der Forschung war, ist jedenfalls stark angewachsen (Nordstrom 2004). Beides, die inneren Mechanismen kriegerischer Gewalt und die globalen Zusammenhänge des Krieges, sind miteinander verknüpft, da die Verstetigung von Kriegsökonomien nur über externe Anbindungen gelingt.

Aber auch in politischer Hinsicht sind solche globalen Zusammenhänge stark ausgeprägt. Innerstaatliche Kriege haben natürlich Auswirkungen auf die internationale Politik. Sie stehen auch in einem gegenseitigen Verweisungszusammenhang, der spätes-

tens seit den 1990er Jahren in moralische Diskussionen mündet, die als ›humanitäre Interventionen‹ auf das Kriegsgeschehen zurückwirken. Im Zeitalter der Globalisierung, so lässt sich nicht zuletzt am Erfolg der These von den ›neuen Kriegen‹ ablesen, ist das Kriegsgeschehen der Welt zu einem Kernthema des Selbstverständnisses der Moderne geworden.

Literatur

- Allcock, John: *Explaining Yugoslavia*. New York 2000.
- Berdal, Mats/Malone, David: *Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil Wars*. Boulder, CO 1999.
- Bigo, Didier: Security and Immigration: Towards a Critique of the Governmentality of Unease. In: *Alternatives* 27. Jg. (2002), 63–92.
- Brühl, Tanja et al. (Hg.): *Die Privatisierung der Weltpolitik*. Bonn 2001.
- Collier, Paul: On the Economic Consequences of Civil War. In: *Oxford Economics Papers* 51. Jg., 4 (1999), 168–183.
- /Hoeffler, Anke: *Data Issues in the Study of Conflict* (CSAE Econometric and Data Discussion Paper 2002–01). Oxford 2002.
- Creveld, Martin van: *Die Zukunft des Krieges*. München 1999.
- Daase, Christopher: *Kleine Kriege, große Wirkung. Wie unkonventionelle Kriegführung die internationale Politik verändert*. Baden-Baden 1999.
- Djilas, Milovan: *Der Krieg der Partisanen. Jugoslawien 1941–1945*. Molden 1977.
- Ehrke, Michael: Zur politischen Ökonomie post-nationalstaatlicher Konflikte. In: *Internationale Politik und Gesellschaft* 3. Jg. (2002), 135–163.
- Elwert, Georg: Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt. In: Trutz von Trotha (Hg.): *Soziologie der Gewalt*. Opladen 1997, 86–100.
- Enzensberger, Hans Magnus: *Aussichten auf den Bürgerkrieg*. Frankfurt a.M. 1995.
- Fisch, Jörg: *Die europäische Expansion und das Völkerrecht*. Wiesbaden 1984.
- Genschel, Philipp: Globalisierung als Problem, als Lösung und als Staffage. In: Gunther Hellmann et al. (Hg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*. Baden-Baden 2003, 429–464.
- Heupel, Monika/Zangl, Bernard: *Die empirische Realität des ›neuen Krieges‹ (Arbeitspapiere des InIIS 27)*. Bremen 2003.
- Hnilicka, Karl: *Das Ende auf dem Balkan 1944/45. Die militärische Räumung Jugoslawiens durch die deutsche Wehrmacht*. Göttingen 1970.
- Huntington, Samuel: *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. New York 1996.
- Jung, Dietrich (Hg.): *Shadow Globalization, Ethnic Conflict, and New Wars: A Political Economy of Intra-State War*. London 2003.
- /Schlichte, Klaus/Siegelberg, Jens: *Kriege in der Weltgesellschaft. Strukturgeschichtliche Erklärung kriegerischer Gewalt (1945–2002)*. Wiesbaden 2003.
- Kaldor, Mary: *New and Old Wars. Organized Violence in a Global Era*. Stanford 1998.
- Kalyvas, Stathis: New Wars, Old Wars – Is the Distinction Valid? In: *World Politics* 54. Jg., 1 (2001), 99–118.
- : *The Ontology of ›Political Violence‹: Action and Identity in Civil Wars*. Unveröffentlichtes Manuskript 2004.
- Kaplan, Robert: The Coming Anarchy. In: *Atlantic Monthly* 273 (1994), 44–76.
- : *Reisen an die Grenzen der Menschheit. Wie die Zukunft aussehen wird*. München 1996.
- Kaufmann, Franz-Xaver: Sozialstaatliche Solidarität und Umverteilung im internationalen Wettbewerb. In: Jens Beckert et al. (Hg.): *Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen*. Frankfurt a.M. 2004, 51–69.
- Keen, David: *Conflict and Collusion in Sierra Leone*. Oxford 2005.
- Le Billon, Philippe: *The Political Economy of War. An Annotated Bibliography*. London 2000.
- Mamdani, Mahmood: *Good Muslim, Bad Muslim. America, the Cold War and the Roots of Terror*. Kampala 2004.
- Marchal, Roland: Atomisation des fins et radicalisme des moyens. De quelques conflits africains. In: *Critique internationale* 6. Jg. (2000), 159–175.
- Münkler, Herfried: *Die neuen Kriege*. Reinbek 2002.
- Nordstrom, Carolyn: *Shadows of War. Violence, Power and International Profiteering in the Twenty-First Century*. Berkeley 2004.
- Richards, Paul: *Fighting for the Rain Forest: War, Youth, and Resources in Sierra Leone*. Oxford 1996.
- Said, Edward: *Orientalism. Western Conceptions of the Orient*. London 1990.
- Schlichte, Klaus: Neues über den Krieg? Einige Anmerkungen zum Stand der Kriegsforschung in den Internationalen Beziehungen. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 9. Jg., 1 (2002), 113–138.
- : Staatsbildung oder Staatszerfall? Zum Formwandel kriegerischer Gewalt in der Weltgesellschaft. In: *Politische Vierteljahresschrift* 47. Jg., 4 (2006), 547–570.
- Soysa, Indra de/Gleditsch, Nils Petter: *To Cultivate Peace: Agriculture in a World of Conflict (PRIO-Report 1)*. Oslo 1999.

- Todorov, Tzvetan: *Nous et les autres. La réflexion française sur la diversité humaine*. Paris 1989.
- Todorova, Maria: *Imagining the Balkan*. Berkeley 1997.
- Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*. Tübingen 1985.
- Zangl, Bernhard/Zürn, Michael: *Frieden und Krieg*. Frankfurt a.M. 2003.

Klaus Schlichte

3. Neue globale Regulierungsformen jenseits von Markt und Staat

Problemaufriss

Der Begriff der Globalisierung kann auf eine beispiellose Erfolgskarriere verweisen, die sich wesentlich der Einsicht in die Unzulänglichkeiten einer klassisch staatenweltlichen Perspektive verdankt. Wenn Umweltverschmutzung und Klimawandel an nationalstaatlichen Grenzen ebenso wenig haltmachen wie globale Finanzströme und transnationaler Terrorismus, scheint es wenig hilfreich, die Möglichkeit, kollektiv bindende Entscheidungen herzustellen, weiterhin exklusiv auf der Ebene des Nationalstaats anzusiedeln. Genau dies kennzeichnet aber die klassische Sicht auf die Staatenwelt, die kollektive Bindungswirkung nur dort verwirklicht sehen kann, wo das staatliche Gewaltmonopol einen verlässlichen ›Schatten der Hierarchie‹ wirft. Jenseits des Nationalstaats blieben dann, neben den Minimalkompromissen, die in rein konsensualen Verfahren ohne Entscheidungszwang zu erzielen sind, für den Bereich der Sicherheitspolitik nur das Gleichgewicht der Mächte und für den Bereich der Wirtschaftspolitik das Gleichgewicht der Märkte.

Der ›Schatten der Hierarchie‹, das staatliche Gewaltmonopol, kann aber kollektive Bindungswirkung allenfalls im Sinne einer Ausfallbürgschaft absichern, nicht begründen. Kollektiv bindend ist eine Entscheidung vielmehr, wenn sie den oder die Entscheider durch die Entscheidung selbst mit bindet, sich also auf Prozeduren stützt, über die das Zustandekommen wie auch die Änderung von Entscheidungen verfahrensförmig geregelt werden kann. In der klassisch staatenweltlichen Perspektive sind die Kollektive, die sich auf diese Weise selbst binden, nur als staatlich verfasste denkbar. Der Staat wird als Voraussetzung und zugleich als Verkörperung legitimer politischer Ordnung konzipiert, von der sich die anarchische Struktur des internationalen Systems nur noch negativ abgrenzen lässt.

Problematisch wird diese Vorstellung überall dort, wo auch jenseits des Nationalstaats neue Formen politischer Herrschaft entstehen, die der strikten Trennung zwischen nationaler politischer Ordnung und internationaler Anarchie entgegenstehen. Dass es